



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 10.11.2022

Bettina Hagedorn: Arbeitsmarktpolitik wird im Bundeshaushalt für 2023 mit fast 3,8 Milliarden Euro „on Top“ massiv gestärkt!

(Dem Anhang können Sie ein Foto zur freien Verwendung entnehmen.)

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner „Bereinigungssitzung“ am 10.11.2022 massive Erhöhungen zu Gunsten der Arbeitsmarktpolitik beschlossen. Bettina Hagedorn, Bundestagsabgeordnete für Ostholstein und stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses ist erleichtert über diese Entscheidung:

„In den letzten Wochen und Monaten sind zahlreiche ‚Hilferufe‘ von Jobcentern – auch aus Ostholstein – in den Bundestagsbüros der Abgeordneten eingegangen, weil angesichts der negativen wirtschaftlichen Entwicklung in Folge des russischen Angriffskrieges und angesichts wieder zunehmender Flüchtlingszahlen von vor dem Winternotstand in der Ukraine fliehenden Müttern und Kindern die im Juli im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2023 vorgesehenen Finanzmittel für die Jobcenter als absolut unzureichend im Hinblick auf diese aktuellen Herausforderungen beurteilt wurden. Auch das Jobcenter in Ostholstein ‚stöhnte‘ im Hinblick auf diese Ausgangslage zu Recht, dass seine Arbeitsmarktpolitik in Ostholstein erheblich eingeschränkt werden müsse, falls wir in Berlin in den Haushaltsberatungen nicht reagieren würden. Darum bin ich glücklich, dass durch die heutigen Beschlüsse des Haushaltsausschusses der Etat von Arbeitsminister Hubertus Heil um fast 3,8 Mrd. Euro im Bereich der Arbeitsmarktpolitik massiv erhöht wurde. Davon werden u.a. in Ostholstein auch diejenigen 157 Frauen und Männer

durch die Verlängerung ihrer Maßnahmen in 2023 profitieren können, die aktuell im ‚Sozialen Arbeitsmarkt‘ z.B. in den Tafeln und Sozialkaufhäusern arbeiten und dort gerade jetzt eine riesige Hilfe für diese Organisationen sind. Allein um 200 Millionen Euro werden nun durch die Beschlüsse des Haushaltsausschusses die Mittel für den ‚Verwaltungsaufwand‘ in den Jobcentern für die Grundsicherung infolge der vielen Ukraine-Flüchtlinge gestärkt, um fast 2,9 Mrd. Euro wird das Arbeitslosengeld II aufgestockt, weitere 300 Millionen Euro ‚on Top‘ wurden vom Haushaltsausschuss für die zügige Integration und Eingliederung in die Arbeit bewilligt – natürlich auch gerade vor dem Hintergrund, dass viele Ukrainerinnen hoch qualifiziert sind und bei uns Arbeit suchen, sofern ihre Sprachkenntnisse dafür schon ausreichen. Ebenfalls mit Blick auf die ansteigenden Flüchtlingszahlen aus der Ukraine hat der Haushaltsausschuss zusätzliche 400 Millionen Euro für die Leistungen für Unterkunft und Heizung beschlossen, wodurch auch die Kommunen entlastet werden, die vor Ort unglaubliches leisten. Ich bin besonders froh, dass wir die Arbeit der Beschäftigten in den Jobcentern, die aktuell einen besonders herausfordernden Job machen, mit diesen Beschlüssen stärken und gleichzeitig auch den vielen Geflüchteten aus der Ukraine und den Langzeitarbeitslosen einen ‚aktiveren und schnelleren Einstieg‘ in die Arbeitswelt ermöglichen können.“